

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Werner Conze
Deutschlands weltpolitische Sonderstellung
in den zwanziger Jahren
(s. Seite 262)

HANS-JURGEN EITNER

Mao Tse-tung und seine Erben

Probleme der Nachfolgeschaft in Peking

Mehr noch als das politische Geschehen im Kreml bleiben die Vorgänge in der Chung-kuo Kung-chang-tang, der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), dem westlichen Beobachter verborgen. Auf dem im Oktober 1960 in Tokio abgehaltenen Dritten Internationalen Sowjetologenkongreß hieß es dazu, man wolle „die Bewegungen schwarzer Katzen in einem verdunkelten Raum studieren“. In dieser Untersuchung sollen einige Aspekte der Nachfolgeschaft Mao Tse-tungs analysiert werden. Eine Feststellung vorweg: Keiner von Maos engsten Mitarbeitern kommt den Führerqualitäten, der Autorität und dem Prestige des ins 68. Lebensjahr eingetretenen roten Kaisers auch nur annähernd nahe. Das hätte der stets eifersüchtig um seine seit dem 13. Januar 1935 (Parteikonferenz von Tsunyi, Provinz Kweichow) stabilisierte Alleinherrschaft besorgte „Chu-hsi“ (Vorsitzende) Mao natürlich auch niemals gefördert. Alle in Frage kommenden Männer um Mao, die als Erben gelten dürfen, sind zweifellos fähige Köpfe, aber von keinem könnte Mao behaupten, dieser oder jener Prätendent sei der vorgesehene Nachfolger.

Andererseits möchte Mao zweifellos die nach Stalins Tod ausgebrochenen Krisen und Machtkämpfe der Diadochen im Pekinger Chung-yan

yang wei-yüan-hui, dem Zentralkomitee (ZK) der KPCh, vermieden sehen. In Artikel 37 der neuen, auf dem VIII. Parteikongreß der KPCh vom 15. bis 27. September 1956 verabschiedeten Parteiverfassung wurde die Wahl eines „Ehrenvorsitzenden“ vorgesehen. Das einleuchtendste Motiv für diesen im kommunistischen Ritual ungewöhnlichen Schritt ist, daß der „große Buddha“ Mao diesen Posten für sich selbst geschaffen hat: vielleicht möchte er auf diese Weise aus olympischer Höhe den Machtübergang in der Hand behalten. Der Schachzug

mit dem neugeschaffenen Posten des Partei-Ehrenvorsitzenden deutet auf ein freiwilliges, „staatsmännisches“ Rückzugsmanöver Maos zugunsten des Partei-Kronprinzen Liu Shao-chi hin (Liu hatte die Ehre, den Pekinger Diktator auf der Moskauer „Gipfelkonferenz“ im November 1960 zu vertreten). Ebenso könnte aber einmal der alternde Mao, ohne für die Massen die Glorie des Abgottes zu verlieren, auf dieses „Ehrenamt“ abgeschoben werden. Der an sich Ende dieses Jahres fällige IX. Parteikongreß der KPCh bringt vielleicht hierüber mehr Klarheit.

Struktur der Führungsgruppe

Den Apex der Parteipyramide bildet der erst auf dem VIII. Parteikongreß geschaffene „Ständige Ausschuß des Politbüros“. Dieses Spitzendirektorium der Partei legt die „Generallinie“ (Tsong-ti lu-hsien) fest; seine Beschlüsse werden jenen des vollen Politbüros gleichgesetzt. Seit dem fünften ZK-Plenum des VIII. Parteikongresses vom 25. Mai 1958 gehören ihm unter dem Vorsitz Maos folgende sechs Männer an (Reihenfolge = Rangfolge): Liu Shao-chi, Chou En-lai, Chu Teh, Chen Yün, Lin Piao und Teng Hsiao-ping. Diese sechs Spitzenfunktionäre können als potentielle Mao-Erben gelten; die fünf erstgenannten Führer haben als stellvertretende Parteivorsitzende eine Sonderstellung inne. Grundsatzbeschlüsse werden meist nach Konsultation — angeblich auf Grund von Mehrheitsentscheiden — mit dem unregelmäßig zusam-

mentretenden vollen Politbüro getroffen. Dem Politbüro nachgeordnet ist das ZK-Sekretariat, das höchste administrative Parteiorgan zur Koordinierung und Überwachung der Parteiarbeit. In Sonderfällen beruft das Politbüro gelegentlich auch das aus 97 Vollmitgliedern und 96 Alternativmitgliedern (Kandidaten) bestehende ZK-Plenum ein; es sollte satzungsgemäß zweimal im Jahr zusammentreten, von 1945 bis 1956 fanden jedoch nur sieben Plenarsitzungen statt. Der aus rund tausend Delegierten der (Ende 1958) rund 14 Millionen Parteimitglieder gebildete Parteikongreß ist nominell das „höchste Führungsgremium“ der Partei, hat aber nur die jeweils beschlossene Generallinie zu bestätigen und wurde seit 1945 erst 1956 wieder zusammengerufen.

Der vorliegende Artikel ist mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber der März-Nummer der „Schweizer Monatshefte“ entnommen.

Alter, regionale und soziale Herkunft

Die persönliche Verbundenheit der obersten Führer geht auf den Beginn der dreißiger Jahre zurück, als Mao mit der Schaffung des „Gegen-ZK“ in seiner eigenmächtig gegründeten „Sowjetrepublik Kiangsi“ allmählich in die Führung der KPCh aufrückte. Sie sind durch Bande der Treue, des Egoismus oder des Opportunismus Mao verpflichtet, dessen „Charisma“ sie sich offenbar unterwarfen. Von den „Großen Sieben“ traten die vier ranghöchsten Führer bereits 1921/1923 der gerade in der französischen Konzession Schanghai gegründeten KPCh bei, die übrigen 1924/25. Von den ZK-Vollmitgliedern sind 71 Prozent vor 1927 Parteimitglieder geworden. Die sieben Spitzenfunktionäre sind im Durchschnitt 62 Jahre alt (nach chinesischem Standard gilt ein Mann über 50 als „alt“; diese „Pensionsreife“ gilt indessen nicht für Politiker). Im ZK stehen 55 Prozent der Vollmitglieder zwischen 50 und 60 Jahren. Maos Männer haben also mindestens dreißig, wenn nicht vierzig Jahre ihres Lebens subversiven Aktivitäten, der kommunistischen Revolution und dem Bürgerkrieg gewidmet, ehe sie 1949 die Macht übernehmen konnten.

Mythen und Säuberungen

Im Westen ist nur recht wenig über Maos engste Mitkämpfer bekannt geworden. Jahrzehntlang wurden ihre Lebensläufe durch schwer verifizierbare, gesteuerte Mythen ersetzt. Lebensweg und Privatleben der sechs Männer um Maos Thron sind selbst in China nur wenig bekannt. Alle Nebengötter des Parteigottes sind das Produkt abgelegener Landstriche, ihrer konspirativen Mentalität, einer einzigartigen Kampferziehung bis zum politischen Mord (wie ihn die Internationale Polizei Schanghai 1930 etwa Chou En-lai nachsagte) und des unerbittlichen, zwanzigjährigen Bürgerkrieges gegen die regierende Kuo-min-tang Chiang Kai-sheks. Jene Altkommunisten, die schon langjährig dem Politbüro der KPCh angehörten, als Mao seit Gründung der Hunan-KP am 10. Oktober 1921 nur ein über die Achsel angesehener regionaler bäuerlicher Partisanenführer war — er wurde im September 1927 sogar aus dem Politbüro entfernt —, sind spätestens 1935 zu ihm übergegangen. Die heute vom Kandidaten des ZK-Sekretariats Hu Chiao-mu offerierte Parteigeschichte schweigt sich über manche Phasen des Aufstiegs Maos zum unangefochtenen Führer während der zwanziger Jahre aus. Wuchs ihm die Autorität „natürlich“ zu, auf Grund seiner „charismatischen“ Persönlichkeit? Wohl kaum.

Auffallend, aber im Vergleich mit früheren revolutionären Bewegungen der chinesischen Geschichte nicht ungewöhnlich, ist die landsmannschaftliche Verbundenheit der Führer. Die Politbüro-Vollmitglieder stammen mehrheitlich aus dem inneren Zentralchina und nicht aus der verwestlichten Küstenregion: allein sieben kommen aus der Provinz Hunan, der „Wiege der Revolutionäre“, vier aus der Provinz Szechuan. Von den 97 ZK-Vollmitgliedern kommen 30 aus Hunan und 12 aus Szechuan. Mao dürfte sich in den Kampfjahren, als er seine „Partei der Berufsrevolutionäre“ schmiedete, auch diese landsmannschaftlichen Bindungen zunutze gemacht haben. Über die soziale Herkunft der obersten Führer liegen bemerkenswerterweise nur spärliche Informationen vor. Der Grund dafür wird klar, wenn man die nach ihrer „Klassenzugehörigkeit“ identifizierbaren zehn Politbüro-Vollmitglieder betrachtet: je zwei stammen von Großbauern, Mittelbauern und Lehrern ab — je einer hatte einen Unternehmer, Aristokraten und Arbeiter zum Vater ...

Aus verstreuten Hinweisen in Verbindung mit gewissen, nicht in die Parteigeschichte übernommenen Worten Maos ist zu rekonstruieren, daß zwischen Februar 1929 und Dezember 1930 erbitterte Machtkämpfe um Mao im Kiangsi-Sowjet tobten. Das 20. Armeekorps meuterte offen gegen Mao, der hierüber sagte: „Vom Ausgang dieses Kampfes hing das Schicksal der Revolution ab.“ Diese heute nur selten als „Futien-Zwischenfall“ erwähnte Spaltung vermochte Mao nur mit einer mörderischen Liquidierungswelle für sich zu entscheiden. Nach 1935 erwies sich nur eines der zwölf Gründungsmitglieder der KPCh von 1921, der fähige Organisator Chang Kuo-tao, als Maos gefährlichster, weil einflussreichster Rivale. Auf der Parteikonferenz von Lo-chuan im Oktober 1937 formierten sich die Mao-Opponenten unter Changs Führung, der

noch im März 1937 zum Chef der Shensi/Kansu/Ninghsia-Sowjetregierung aufgestiegen war. Darauf brach Mao die Diskussion ab und stellte Chang unter Hausarrest. Diesem gelang im April 1938 eine abenteuerliche Flucht in das Kuomintanggebiet; seine Anhänger wurden erschossen. Der jetzt als Emigrant in Hongkong lebende Chang mußte sich — wie der Verfasser feststellen konnte — aus Gründen persönlicher Sicherheit unter den Schutz von Freunden begeben, die ihn nach außen abschirmen und seinen Aufenthalt bis heute strikt geheimhalten; Chang Kuo-tao will Attentaten entgehen und nicht das Schicksal Leo Trotzky's teilen ...

In der seit 1938 auf ihn ausgerichteten Führerpartei konnte Mao bei äußerlich geringerem Druck eine viel größere Einheitlichkeit und Konsistenz der Parteispitze erzielen als dies Lenin oder Stalin seinerzeit in der KPdSU möglich war. Ein Vergleich mit der vormalistischen Parteiführung: In den neun Jahren seit Parteigründung am 1. Juli 1921 bis 1930 wurden drei Parteichefs als „Trotzkisten-Putschisten“ verbraucht; sie stehen heute als mehr oder minder abgestufte „Geister der Finsternis“ im kommunistischen Götterhain: Chen Tu-hsiu (Juli 1921 bis Juli 1927), Chü Chiu-pai (August 1927 bis August 1928) und Li Li-san (September 1928 bis Dezember 1930). In den vier Jahren bis 1934 wechselten sich im Gefolge der sehr gefährlichen Spaltung von 1930 sogar drei Parteichefs ab: Wang Ming = Chen Shao-yü (Januar 1931 bis Sommer 1932), Po Ku = Chin Pang-hsien (Sommer 1932 bis Januar 1934) und Chang Wen-tien = Lo Fu bzw. Ssu Mei (Januar 1934 bis Januar 1935). Die erbitterten innerparteilichen Fraktionskämpfe zwischen 1921 und 1934 spiegelten den Zickzackkurs ihres Befehlsorgans, der Stalinschen Kominternzentrale wider. Sie führten fast zur Selbstvernichtung der KPCh. Maos frühere Gegenspieler Li Li-san, Wang Ming, Chang Wen-tien und Wang Chia-hsiang behielten auf dem VII. Parteikongreß 1945 ihren Sitz im ZK und übten bzw. übten heute gewisse Funktionen im Partei- oder Staatsapparat aus (Li Li-san etwa von 1949 bis 1959 als Arbeitsminister) — sie sollen durch Übernahme begrenzter Kompetenzen zeitlebens „reformiert“ werden.

Pekings „partei-feindliche Fraktion“

Die KPCh konnte unter Maos Führung jene von der KPdSU her bekannten Schismen und spektakulären Säuberungen innerhalb der obersten Führung im großen und ganzen vermeiden. Die Zusammensetzung des ZK zwischen dem VII. und dem VIII. Parteikongreß zeigt eine auffallende Kontinuität, wie man sie beim ZK

der KPdSU zwischen dem XVIII. Parteikongreß 1939 und dem XIX. Parteikongreß 1952 vergeblich sucht. Eine im Westen kaum gewürdigte sensationelle Säuberung erschütterte indessen den obersten Führungskern und die gesamte Parteiorganisation in den Jahren 1953 bis 1955. Vom 6. bis 10. Februar 1954 trat das damals

44köpfige ZK-Plenum nach fast vierjähriger Unterbrechung erstmals wieder zur vierten Sitzung nach dem VII. Parteikongreß zusammen. Es wurde für den „in Ferien befindlichen“ Mao von Liu Shao-chi geleitet und war der „Verbesserung der Parteidisziplin“ gewidmet. Spätere Dokumente enthüllten, daß auf dieser Tagung die „partei-feindliche Gruppierung um Kao Kang und Jao Shu-shih“ entmachtet wurde. Jao Shu-shih war Parteichef von Schanghai und Ostchina sowie Leiter des-ZK-Orgbüros (er wurde aus der KPCh ausgestoßen; sein Schicksal ist unbekannt). Der Kleinbauernsohn Kao Kang war in den dreißiger Jahren der berühmte, von Mao unabhängige, kommunistische Partisanenführer in seiner Heimatprovinz Shensi. Seit 1945 rangierte dieser radikale, unabhängige Feuerkopf — der „Pekinger Trotzky“ — an sechster Stelle in Maos Politbüro. Als Parteichef und Gouverneur der Mandschurei sowie als Chef der Staatsplan-kommission entfaltete der selbstherrliche Kao Kang große Macht. Sein geheimnisumwitterter „Selbstmord“ im Gefängnis wurde offiziell erst ein Jahr später, im März 1955, bekanntgegeben. Als parteiamtliches Motiv seiner Verdammung galt sein (von Stalin unterstütztes) Streben nach größtmöglicher regionaler Autonomie.

Entscheidend für seinen Sturz und Tod war aber Kaos Unterliegen im gefährlichsten Spaltungsvorgang der KPCh seit der Machtergreifung 1949. Denn Kao Kang — nach Mao „der Führer, der stets korrekt denkt und handelt“ — forderte bereits im Frühjahr 1952 die sofortige Zwangskollektivierung und eine schnelle Industrialisierung nach dem Vorbild des ersten Stalinschen Fünfjahresplans. Er ging so weit, alle jene, die sich diesem Programm widersetzen — damals auch Mao —, des Verrats am Kommunismus zu beschuldigen. Diesen Angriff gegen das innere Gefüge der Parteispitze und gegen die damalige Generallinie konnte Mao nur mit stalinistischen Methoden abschlagen und überwinden. Aber Kao Kang siegte nach der Exekution: Seit 1955 (Konferenz der Provinz-Parteiführer mit Mao 31. 7./1. 8. 1955 an unbekanntem Ort) und seit 1958 (Sitzung des Politbüros vom 17. bis 30. 8. 1958 in Peitaiho) erhob Mao in zwei gewaltigen Anläufen Kao Kangs Programmatik, nach orthodox-marxistischem Denken ebenso wie Li Li-sans Kurs eine „linkstrotzkistische Abweichung“, zur neuen Generallinie. Das ist Maos Begriff von „Putuan ko-ming“ oder „permanenter Revolution“. Diese das gesamte Führerkorps erfassende Säuberung enthüllte einen keineswegs „monolithen“ Block, sondern gab den Blick auf eine von heftigen Machtkämpfen geschüttelte Partei frei. Ein Vergleich der parteiamtlichen Protokolle zwi-

schen April 1955 und September 1956 ergab weitere, im Gefolge der Kao Kang-Krise durchgeführte, aber nie von Peking publizierte Degradierungen innerhalb der Führungsgruppe. So rutschte Peng Chen vom siebenten auf den elften Rang ab; Chang Wen-tien wurde vom zehnten Platz des Politbüros zum Politbüro-Kandidaten mit der Nummer 22 zurückgestuft; Kang Sheng

wurde sogar vom sechsten Rang des Politbüros zum vorletzten Politbüro-Kandidaten degradiert. Seit 1957 gibt es bis heute laufende umfangreiche Umbesetzungen und Degradierungen zwar nicht in der Spitze, aber im höheren Führerkorps auf Provinzebene — alles Altkommunisten — im Zuge der nie endenden „Cheng Feng-Reform“ aller Kader der KPCh.

Interessen-Kollisionen im Politbüro

Welche aktuellen und potentiellen Störfaktoren können wir in der Parteiführung diagnostizieren? Die Verfolgung der gemeinsamen Grundziele des obersten Führungsgremiums dürfte zunehmend durch Interessen-Kollisionen gestört werden. Diese sind in den funktionellen Verflechtungen der Parteiführer und der durch sie repräsentierten Apparate begründet. In der Sowjetunion existieren heute fünf ausgebildete Machtträger, nämlich Partei, Staat, Wirtschaft, Armee und Polizei, deren Exponenten nach dem Tode des Autokraten Stalin in scharfe Machtkämpfe verstrickt waren. In China ist diese differenzierte Aufteilung noch nicht so weit gediehen. Das Problem der in China bestehenden drei Machtinstrumente (Parteiapparat, Staats- und Wirtschaftsbürokratie, Armee), die Tendenzen zu einer gewissen funktionellen Autonomie

zu zeigen beginnen, wird vermutlich im nächsten Jahrzehnt an Gewicht gewinnen. Denn schon heute dürfen diese drei Apparate im Politbüro als separate „pressure groups“ gelten. Kraft seines Prestiges gelang es Mao bisher, in seiner Hand die erforderliche Integration durchzuhalten. Wird diese zentrale Führungsaufgabe der Ausbalancierung und Koordinierung der drei Machtträger Maos Nachfolger in gleicher Form möglich sein? Diese Frage ist nicht ohne weiteres zu bejahen. Im Politbüro besteht derzeit zwischen Partei, Staat und Armee ein „Gleichgewicht der Kräfte“. Nach dem Abgang Maos wird man versuchen, die potentiell zentripetalen Kräfte mit Hilfe einer Art Kollektivführung zu meistern. Wie weit und wie lange das erfolgreich sein wird, steht dahin.

Kontroversen um die Generallinie

Als zweiter Spannungsfaktor innerhalb der nachmaoistischen Führungsspitze könnten sich die 1955/56 ausgebrochenen, im Mai 1958 von Liu Shao-chi eingestandenen und bis heute nicht entschiedenen Kontroversen über die Generallinie in der Wirtschaftspolitik erweisen. Trotz Maos autoritativer Präsenz hat sich hier in den letzten Jahren eine deutliche Frontenbildung herauskristallisiert. Es dreht sich um jene Grundfrage, mit deren Lösung oder Nichtlösung das kommunistische System in China steht oder fällt: In welchem Tempo, mit welchen Mitteln und unter welchen Formeln soll der Industriesaufbau und — vor allem — die Kollektivierung der Bauernschaft vorangetrieben werden? Den „linken“ Flügel bilden die „idealistischen Utopisten“ oder „Schocktherapeuten“, repräsentiert durch Mao und Liu Shao-chi. Diese Gruppe gab und gibt den subjektiven, willensmäßigen und dogmatischen Faktoren beim Wirtschaftsumbau, die ja gleichzeitig Seinsveränderung sein soll, den Vorrang. Auch die Idee der Volkskommunen als dem „Kurzweg“ zum Kommunismus wurde im Zeichen des „Großen Sprungs nach vorwärts“ in diesem Zirkel geboren. Unter dem Leitmotiv, politisches Einpeitschen sei wichtiger

als wirtschaftliche Planung, erklärte Liu auf dem VIII. Parteikongreß 1956 unter anderem: „Es ist der Mensch, der zählt, die subjektive Initiative der Massen ist eine mächtige Antriebskraft.“

Den „rechten“ Flügel bilden die „materialistischen Pragmatisten“ oder „Homöopathen“, repräsentiert durch Chou En-lai und Chen Yün. Diese Gruppe unterstrich und unterstreicht das Primat der objektiven, administrativen und praktischen Bedingungen. So warnte Chou En-lai bei der Vorlage des zweiten Fünfjahresplans auf dem VIII. Parteikongreß nach der Rede Lius zweimal vor „blindem Vorgehen“. Er erklärte, die Kampagne zur vorfristigen Erfüllung des ersten Fünfjahresplans habe zur finanziellen Zerrüttung und zur Vergeudung von Rohstoffen und Menschenkraft geführt. Die „Pragmatisten“ hielten sich bei der Propagierung der Volkskommunen zurück und sammelten sich unter dem Slogan: „Das Land muß unter Gesamtanalyse der objektiven Bedingungen wie ein koordiniertes Schachspiel geleitet werden.“ Die bisher voll und ganz in die Partei integrierte Armee scheint sich in diesem Grundsatzstreit

unentschieden zu verhalten. Da etwa vier Fünftel der Soldaten vom Lande stammen, dürfte das Offizierskorps aus disziplinarischen Gründen eher „den Pragmatisten“ als den „Utopisten“ zuneigen. Die Stärke der „Utopisten“ zeigte sich als Verteidigungsminister Marschall Peng Te-huai im September 1959 abgelöst wurde, weil er gegen den Arbeitsdienst der Truppen in

den Volkskommunen opponiert hatte. Diese Richtungskämpfe konnten bisher unter Mao durch immer wieder neu ausgehandelte Kompromisse beider Flügel notdürftig verschleiert und „beigelegt“ werden. Der im September 1960 proklamierte relative Kurswechsel in der Planwirtschaft mit der stärkeren Betonung der Landwirtschaft, angesichts der Erntekatastro-

phen von 1959 und 1960, deutet darauf hin, daß gegenwärtig die „Pragmatisten“ nach dem Festlaufen des früheren Kurses Oberwasser bekommen haben. Nach dem Ausscheiden des Integrationsfaktors Mao dürften diese im Kommunismus system-immanenten Fraktionskämpfe um die zukünftige „richtige“ Generallinie eine Verschärfung und Zuspitzung erfahren.

Aspekte der Allianz mit Moskau

Ein drittes Moment innerparteilicher Auseinandersetzungen kann sich auf Form und Natur des Bündnisverhältnisses mit der Sowjetunion konzentrieren. Hier sollen nicht die kohäsiven und disjunktiven Elemente in der Allianz Chinas mit der Sowjetunion analysiert werden. Ohne von westlichem Wunsdenken inspirierten Hypothesen nachzujagen, kann man vereinfacht sagen: 1. Die beiderseitigen Beziehungen werden seit Abschluß des 30jährigen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandspaktes vom 14. Februar 1950 nicht durch einen ideologischen Automatismus geregelt. 2. In Sicht Pekings dreht es sich vielmehr und vorrangig um zwingende konkrete wirtschafts-, militär- und macht-

politische Interessen und Ambitionen, deren Erfüllung nur mit Hilfe des Seniorpartners möglich ist. Mit einem Wort: China kann nur durch das Bündnis mit der Sowjetunion Großmacht werden.

Für die nächsten mindestens zehn bis fünfzehn Jahre bedeutet das eine fundamentale industrielle, wissenschaftlich-technische und militärische Abhängigkeit Pekings von Moskau. Diese Abhängigkeit übt jedoch gegenüber dem „Großen Bruder“ eine eigenartige Hebelwirkung der Erpressung aus. Das ist im Licht der beiderseitigen, zwingend gebotenen Interessen-Verknüpfung die spezifische „Stärke der Schwä-

che“ des ehrgeizigen Juniorpartners. Aber auch der Kreml hat es natürlich in der Hand, durch Gewährung oder Verweigerung substantieller Hilfsprogramme indirekt Einfluß auf die inneren Auseinandersetzungen in Peking zu nehmen. Unter Maos Erben dürfte es eine Gruppe geben, die dafür eintritt, den Sowjets im eigenen Lande weniger Kontroll- und Mitspracherechte zu gewähren als bisher. In einer Nachfolgekrise oder unter einem weniger fähigen Nachfolger als Mao könnten die taktischen Differenzen, verbunden mit den oben skizzierten beiden Kontroversproblemen, für ein stärkeres China vielleicht einmal strategische Bedeutung gewinnen.

Gelber „Bonapartismus“?

Könnte der nachmaoistischen Parteiführung dereinst vielleicht die Gefahr des „Bonapartismus“ drohen? Alle Mitglieder des Politbüros waren während des Bürgerkrieges entweder Armeeführer oder Chefs der Politabteilungen der Truppen. Keiner der zehn im September 1955 zu Marschällen beförderten Bürgerkriegs-Generale (Chu Teh, Lin Piao, Lo Jung-huan, Chen Yi, Peng Te-huai, Lui Po-cheng, Ho Lung, Nieh Jung-chen, Hsü Hsiang-chien, Yeh Chien-ying) ist der KPCh später als 1928 beigetreten. Ein Bruch zwischen Armee- und Parteiführung ist daher wegen der engen personellen bzw. politisch-militärischen Verzahnung schwer vorstellbar. Aber Mao weiß aus der Geschichte Chinas nur zu gut, daß regionale Kriegsherren oft in der Lage waren, separatistische Ziele zu verfolgen oder die Zentralregierung zu stürzen. Eine historische Reminiszenz: Die meisten Gründer der Dynastien seit 221 v. Chr., als Kaiser Shih Huang-ti die zweihundertjährige „Periode der kämpfenden Reiche“ mit der Errichtung des Kaiserreiches beendete, waren Generale; seit dem Sturz der Mandschu-Dynastie 1911 war politische Macht in China identisch mit militärischer Macht gewesen.

Um die Jahreswende 1953/54, also bei der Erschütterung durch die Spaltung um Kao Kang,

war Mao genötigt, gewisse Autonomie-Tendenzen der seit 25 Jahren (Kiangsi/Yenan-Periode) auf ihn eingeschworenen Provinz-Militärchefs scharf zu kritisieren, die damals in Personalunion auch Verwaltungschefs ihrer riesigen Territorien waren. Mao zeigte sich entschlossen, die potentielle politische Macht der Militärgouverneure, die ihm gefährlich zu werden drohte, zu beschneiden. Im Juni 1954 wurden eine zen-

tralistische Kontrolle der Streitkräfte eingerichtet, die Verschmelzung militärischer und administrativer Befehlsgewalt abgeschafft und alle Politbüro-Mitglieder nach Peking zurückbeordert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich Unabhängigkeitsbestrebungen der führenden, dann in Spitzenfunktionen einrückenden Nachwuchs-Militärs nach dem Abgang Maos stärker als bisher zur Geltung bringen werden.

Folgen des Generationenwechsels

Um 1970 wird der unvermeidliche Prozeß der Verjüngung und damit der Teil- und Gesamterneuerung der Führungsgruppe abgeschlossen sein oder doch vor dem Abschluß stehen. Schon 1956 standen bereits 67,5 Prozent der damals 10,7 Millionen zählenden Mitgliedschaft der KPCh im Alter von 26 bis 45 Jahren; nur 7,6 Prozent waren über 46 Jahre alt. Zu Beginn des nächsten Jahrzehnts werden die „zweiten Erben“ Maos, die heute für uns erst in unprofilierten Konturen zu erkennen sind, die Schlüsselpositionen in einer sich mehr und mehr differenzierenden Gesellschaftsordnung besetzt haben. Vielleicht wird dann — wie in Moskau — das ZK-Sekretariat zum Führungsinstrument aufsteigen mit dem Ziel, neuer kollektiver Integrationsfaktor zu werden. Es ist zu erwarten, daß im

Laufe der nächsten Jahre die mit einer Ausnahme sämtlich in den Fünfzigerjahren stehenden ZK-Sekretäre, ob sie gegenwärtig dem Politbüro angehören oder nicht, an Einfluß gewinnen werden. Als aufstrebender Kopf aus dem ZK-Apparat sei hier noch der aus der Provinz Hunan stammende An Tzu-wen genannt; er ist Chef des ZK-Organbüros, jener Plattform zum Aufstieg Stalins und Liu Shao-chis.

Im nächsten Jahrzehnt wird der (lebende oder tote) Parteigott Mao für seine Nachfolger — gleich Lenin für die Elite der KPdSU der dreißiger Jahre — nur noch eine verehrungswürdige, nahezu legendäre „nationale Institution“ sein. Die Männer der zweiten Führergeneration rekrutieren sich aus der Peripherie des weiter-

zweigigen ZK-Apparates und aus den Parteiorganisationen der 25 Provinzen und autonomen Gebiete. Dazu gehören auch die zwölf wichtigsten Großstadt-Parteisekretäre, die auf der Beförderungsliste stehen und dazu ausersehen sind, später einmal eine zentrale Rolle zu spielen. Niemand indessen vermag zu prognostizieren, welcher ehrgeizige „Mann von übermorgen“ in den Kulissen schon auf sein Stichwort für das Auftreten im künftigen machtpoli-

tischen Drama wartet. Diese „kanpu (Kader) neuen Typs“ werden trotz angestrebter Fortführung der Kontinuität andere Erfahrungen und Anschauungen haben als die Begründer der Revolution. Der forcierten Industrialisierung und der damit verbundenen weitgehenden Aufteilung der gesellschaftlichen Funktionen wohnt eine Eigengesetzlichkeit inne. Diese Tatsache wird auch im Lande der „blauen Ameisen“ innerparteiliche Konsequenzen haben.

zung. Aber der aktive Beistand der Bauern fehlte; zudem vermochten sich die Republikaner nicht die ursprünglich vorhandene Sympathie der Intelligenz zu erhalten.

So schlug diese Revolution fehl: sie endete in der Militärtyrannie der Jahre 1916 bis 1925, als das Reich und die politische Macht eine Beute der Banditen-Generale und räuberischen „Chün-fa“ (warlords) wurden. Diese bei uns weithin unbekanntenen historischen Parallelen sind dem sich in der Geschichte auskennenden Mao wohlbekannt. Chu Teh sprach nach seiner Vereinigung mit Maos Bauernbataillon in der Banditen-Bergfestung des Ching-Kang-shan (Grenze der Provinzen Hunan und Kiangsi) im April 1928, die den Grundstein zum Aufbau der späteren Roten Bauernarmee legte, das berühmt gewordene Wort: „Das Volk ist das Meer, wir sind die Fische. Solange wir in diesem Meer schwimmen können, werden wir leben!“ Hier schlägt wieder unverkennbar das Fundamentalprinzip chinesischer Staatskunst durch. Daß Mao aus gutem Grund niemals öffentlich zugegeben hat, die Integration der Bauern, Soldaten und Intellektuellen sei sein und seiner Nachfolger Problem, spielt keine Rolle. Denn auch der heute zum Gott überhöhte rote Kaiser weiß nur zu genau, daß dieses Grundgesetz chinesischer Geschichte auch und gerade für seine Erben unverminderte Geltung behalten wird.

Die Zukunft der KPCh

Stößt man zum Kern der chinesischen Grundgegebenheiten vor, so sehen sich die Erben und Nacherben Maos letztlich jener zentralen Aufgabe gegenüber, welche die chinesische Geschichte allen kaiserlichen Dynastien gestellt hat. Will die KPCh überleben, so muß sie, wie jedes frühere Regime Chinas, ob kaiserlich-autokratisch oder nationalistisch-autoritär, es erreichen, Chinas drei gesellschaftliche Hauptkräfte — die Bauern, die Soldaten und die Intelligenz — auf Dauer in das Systemgefüge zu integrieren. In klarer Erkenntnis dieser Aufgabenstellung beschloß Mao zuerst im Februar 1932, dann verstärkt im August 1937, nach Ausbruch des Japanisch-Chinesischen Krieges, neben und hinter der herrschenden Kuomintang-Regierung seine nationalrevolutionär drapierte Koalition Bauer-Soldat-Intellektueller aufzubauen. Dieser Entschluß erwies sich neben den inneren Schwächen und taktischen Fehlern der Nationalregie-

rung als Schlüssel zum schließlichen Triumph des Kommunismus in China.

Das Bündnis von Soldaten, Bauern und Intellektuellen führte auch 1926/27 die damals vom ganzen Volk getragene nationalistische Kuomintang-Revolution unter General Chiang Kai-shek, dem Erben Dr. Sun Yat-sens, zur siegreichen Wiedervereinigung des im Chaos auseinandergebrochenen republikanischen China. Und wie verlief die von dem großen Reform-Idealisten Sun Yat-sen (1886 bis 1925) inspirierte republikanische Revolution von 1911, die mit dem Untergang der Mandschu-Dynastie das unwiderrufliche Ende des konfuzianischen Universalstaates brachte? Sie war das Werk einiger im Westen erzogener Männer und wurde unter nur passiver Duldung der breiten Massen durchgeführt. Dieser Revolution ermangelte, abgesehen von den Geldspenden der „nationalen Kapitalisten“, nicht einige militärische Unterstüt-

Anmerkung:

Hans Jürgen Eitner, geb. 1925. Publizist und Rundfunkkommentator, Frankfurt am Main.

WERNER CONZE

Deutschlands weltpolitische Sonderstellung in den zwanziger Jahren

Durch die Niederlage des Deutschen Reichs und Österreich-Ungarns wurde die seit der napoleonischen Zeit nicht zur Ruhe gekommene deutsche Frage neu und verschärft gestellt. Sie trat damit in ihre eigentliche Krisis ein. Das galt sowohl für Deutschlands innere Gestaltung wie für die Stellung der Deutschen in der Welt — mitten in der allgemeinen Unruhe der Staaten und Nationen im Zeichen des Imperialismus und der Revolution.

Die gewandelte Lage und die Sonderstellung der besiegten Deutschen können nur am Gegenbild des in drei Jahrzehnten vor 1914 zur Weltmacht aufsteigenden Deutschen Reiches verstanden werden. Aufstieg, Gipfel und Absturz Deutschlands waren das Erlebnis nur einer einzigen Generation, die dies alles mit sich geschehen lassen mußte, aber doch wohl nur begrenzt dazu in der Lage war, zweimal den raschen Wechsel zum Gipfel hin und vom Gipfel herunter begreifend mitzuvollziehen. Drei Zitate mögen diesen doppelten Wandel verdeutlichen:

Wenige Wochen vor dem Tode Kaiser Wilhelms I., am 6. Februar 1888, sagte Bismarck im Reichstag: „Jede Großmacht, die außerhalb ihrer Interessensphäre auf die Politik der anderen Länder zu drücken und einzuwirken und die Dinge zu leiten sucht, die periklitert außerhalb des Gebietes, welches Gott ihr angewiesen hat; die treibt Machtpolitik und nicht Interessenpolitik. Die wirtschaftet auf Prestige hin. Wir werden das nicht tun.“ Bismarck wies in der gleichen Rede auf Deutschlands gefährdete Lage in der Mitte Europas hin, die zur Wachsamkeit und Tätigkeit zwingt, auf daß der erreichte Status quo gegen alle möglichen Koalitionen gehalten werden könne.

Schon sieben Jahre später gab Max Weber in seiner Freiburger Antrittsrede der Reichsgründung in der Mitte Europas einen anderen Sinn:

Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Instituts für Zeitgeschichte.

„Wir müssen begreifen, daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtspolitik sein sollte.“

Am 24. November 1918 schließlich schrieb Max Weber an Crusius, daß die Deutschen wie 1648 und 1807 noch einmal von vorne anfangen müßten. Schon die nächste Generation werde den Beginn der Wiederaufrichtung erleben. „Mit einer weltpolitischen Rolle Deutschlands ist es vorbei: die angelsächsische Weltherrschaft — ah c'est nous qui l'avons faite, wie Thiers zu Bismarck zu unserer Einheit sagte — ist Tatsache. Sie ist höchst unerfreulich, aber: viel Schlimmeres — die russische Knute! — haben wir abgewendet.“ Amerikas Weltherrschaft sei unabwendbar. „Hoffentlich bleibt es dabei, daß sie nicht mit Rußland geteilt wird. Dies ist für

mich Ziel unserer künftigen Weltpolitik, denn die russische Gefahr ist nur für jetzt, nicht für immer beschworen. Im Augenblick ist natürlich der hysterische, ekelhafte Haß der Franzosen die Hauptgefahr.“¹⁾

Die drei Zitate umspannen in genau 30 Jahren jenes doppelte, widersprüchliche Generationserlebnis des Aufstiegs und des Absturzes. Es sind zugleich die Jahre der Regierungszeit Wilhelms II. Noch 1888 sollte das Reich Bismarcks nach dem Willen seines Gründers Abschluß einer europäischen Veränderung und eingefügt in das traditionelle europäische Staatensystem sein. Dieses Reich sollte *Interessenpolitik* innerhalb des ihm in der europäischen Mittellage von Gott, d. h. unverrückbar, gesetzten Maßes treiben. Es sollte jedoch auf *Machtpolitik* verzichten, d. h. auf alle Bemühungen, seine wachsende Stärke zur Überschreitung dieses Maßes einzusetzen und damit sich selbst und andere zu gefährden.

Ausdruck eines neuen Lebensgefühls

Sieben Jahre später war es nicht abseitige Professorenbeschwörung, die Bismarck verächtlich abgelehnt hätte, sondern Ausdruck des neuen Lebensgefühls im liberalkonservativen deutschen Bürgertum in einer neuen weltpolitischen und weltökonomischen Lage, wenn Max Weber im Gegensatz zur Bismarckschen Deutung die Reichsgründung als Ausgangspunkt einer notwendigen deutschen *Weltmachtspolitik* bezeichnete. Weltpolitik oder Weltmachtspolitik wurde seitdem zur Parole bei Nationalkonservativen, Nationalliberalen und Nationaldemokraten, zu denen sich Friedrich Naumann gesellte, nachdem ihm die konsequente Fortführung der Begriffsverbindungen mit dem Wort „national“ zu den Nationalsozialen oder auch Nationalsozialisten mißglückt war. Mochte in den Äußerungen dieser breiten bürgerlich-imperialistischen Strömung auch viel uns heute erschrecken-

de Maßlosigkeit ausgesprochen worden sein, so ist doch zuerst und vor allem zu betonen, daß deutsche Weltpolitik anders als noch zur Zeit Bismarcks sich aus einer gewandelten Stellung Deutschlands in der Welt ergab, insofern als die deutsche Wirtschaft dabei war, andere, z. T. ältere Wirtschaftsgrößen „einzuholen und zu überholen“²⁾. Neben der älteren Wirtschaftsmacht Großbritannien und den noch rascher alle anderen überholenden Vereinigten Staaten trat

1) Bismarck, Gesammelte Werke 13, S. 331. — Max Weber, Gesammelte Schriften, 2. Aufl., Tübingen 1958, S. 23. — Ebenda, 1. Aufl., S. 483 f.; vgl. dazu Wolfgang Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890—1920, S. 314 ff.

2) Dies hier zeitlich vorweggenommene Wort Stalins ist nur insofern anachronistisch, als der „Plan“ fehlte. Im übrigen aber handelt es sich um den prinzipiell ähnlichen Vorgang des industriewirtschaftlichen Wachstums einer nachholenden Nationalwirtschaft innerhalb des Industrialisierungsprozesses der Erde.

das junge Deutsche Reich an die Spitze der Großmächte und wurde damit zur Weltmacht im Staatensystem, das sich von Europa über die ganze Erde ausweitete. Daß Deutschland als neue Weltmacht auch Weltpolitik zu treiben hatte, war daher nur selbstverständlich. Das damit neu gestellte Problem bestand nur darin, was darunter zu begreifen war und wie nunmehr das Maß zu setzen war, das sich auch jetzt mutatis mutandis aus der von Bismarck so klar hervorgehobenen deutschen Mittellage ergab. Diese alte Mittellage hatte immer noch eine einengende Wirkung. Denn im Gegensatz zu den nach der außereuropäischen Welt offenen Großmächten, stieß das Deutsche Reich überall an Landgrenzen im alten, engen Europa und war dem Zweifrontendruck Frankreichs und Rußlands ausgesetzt. Deutschlands Meere aber waren nur offen, wenn Großbritannien es zuließ, und zwar nicht nur deswegen, weil es in der Flottenstärke

überlegen war, sondern vor allem, weil seine Lage im Kriegsfall die Blockade gegen Deutschland begünstigte. In dieser neuen Situation einer absichtslos gewonnenen Weltmacht, die nur im Frieden weiter zu entwickeln war und doch — wiederum absichtslos — den Krieg in Reiz und Gegenreiz heraufführen half, reagierte die offizielle deutsche Außenpolitik unsicher und zwiespältig. Sie stand zwischen Bismarckschem Maßhalten und alldeutscher Großmannssucht mitten dazwischen und vertrat damit die diplomatische Tradition nicht mehr angemessen und instinktsicher. Teils nahm sie die kommende Einkreisung oder Isolierung Deutschlands zu „pomadig“ (Bülow), teils neigte sie zu effektvollem, aber wirkungslosem Auftrumpfen, ohne doch mehr, als es auch bei anderen Nationen üblich war, mit der überlieferten ultima ratio der Politik, dem Krieg, zu spielen oder gar auf ihn hinaus zu wollen.

Hegemonie oder Gleichgewicht

So schlitterte sie wie die anderen in den großen Krieg hinein. Dies Hineinschlittern aber hatte für alle eine seit Jahren vorgeschriebene Richtung. Für Großbritannien vor allen anderen ergab sich diese Richtung aus der Überlegung, daß die potentiell einholende und überholende Weltmacht nicht dadurch zur Aktualisierung ihrer Stärke gebracht werden durfte, daß ihre europäisch-kontinentale Vormachtstellung einfach hingenommen wurde. Die deutsche Hegemonie aber mußte mit großer Wahrscheinlichkeit das Ergebnis eines rein europäischen Krieges sein, wenn England nicht gegen Deutschland eingriff. Die deutsche Vorherrschaft in Europa war gewiß nicht gewollt gewesen; aber der Gedanke daran mußte sich einstellen, wenn der Krieg tatsächlich ausbrach und die Waffenerfolge großen Raumgewinn brachten. Als das geschah, leuchtete für einen kurzen historischen Moment in der Tat ein deutsch geführtes Mitteleuropa auf, das, im Sprachgebrauch Friedrich Naumanns, als „politischer Großbetrieb“ zwischen dem atlantischen und dem russisch-eurasischen Weltmachtblock der Zukunft als dritte Kraft stehen sollte. Bei einer solchen Sicht war die Idee des europäischen Staatensystems mit der Balance der von außen ungefährdeten europäischen Staaten endgültig aufgegeben zugunsten eines deutschen Übergewichts in Europa. An die Stelle eines auf die ganze Erde ausgeweiteten europäischen Staatensystems, wie es in der Gedankenwelt der Europäer bis 1914 bestanden hatte, trat also in der Mitteleuropa-Konzeption, die den deutschen Sieg voraus-

setzte, ein Weltstaatensystem, in dem es nach Friedrich Naumanns Auffassung nur noch einige wenige Mittelpunkte geben konnte, „an denen wirklich regiert wird: London, New York, Moskau (oder Petersburg)“ stünden fest. Fraglich sei es, ob ein solcher Machtmittelpunkt auch in Ostasien entstehen werde. Die gegenwärtige Entscheidungsfrage aber — und darin sah Naumann den Sinn des Krieges — sei die, „ob zwischen Rußland und England ein eigenes mitteleuropäisches Zentrum sich halten kann oder nicht. Die Menschheitsgruppe Mitteleuropas spielt um ihre Weltstellung.“³⁾

Mit diesen Worten hatte Naumann unter dem Aspekt der Machtverteilung auf der Erde Deutschlands Situation um 1915 wohl zutreffend bezeichnet. Welch schwindelerregender Weg war von 1888 bis 1915 zurückgelegt worden! Noch 1871 hatte Bismarck, dem nationalstaatlichen Drängen nachgebend, das Reich abschließend in die europäische Balance eingefügt und damit dem Nationalstaat in Europa sein Maß gesetzt. Dann war Deutschland mit den anderen europäischen Mächten der Ausweitung von Wirtschaft und Politik, damit aber von Handelsflotte und Kriegsflotte, über die ganze Erde gefolgt, ohne einem irgendwie systematischen Plan zu folgen. Die Welt bot zwar nach der letzten kolonialen Aufteilung, an der Deutschland noch gerade ohne besondere Anstrengung mit beteiligt gewesen war, keine Expan-

sionsmöglichkeiten mehr. Wohl aber war die Welt weit genug, die Wirtschaft im friedlichen Wettbewerb weiter wachsen zu lassen. Trat jedoch der Krieg ein — im tiefsten bewirkt durch die elementare deutsche Machtdynamik einerseits, die auf Eindämmung oder Brechung dieser Dynamik gerichtete Tendenz der älteren Weltmächte andererseits —, dann ging es um die Entscheidung für Deutschland: entweder als Weltmacht nun nicht nur durch Wirtschaft und Handel, sondern auch durch militärische Macht endgültig bestätigt zu werden oder zu unterliegen und damit aus der Reihe der Weltmächte auszuscheiden; schließlich gar, wie Naumann es ausdrückte, „Trabantenvolk“ eines der „Großstaaten“ zu werden⁴⁾. Deutschlands Aussichten im Land- und Seekrieg waren schlecht, weil es durch die Fronten auf dem Kontinent und durch die Blockade zur See total eingeschnürt war. Aber gerade in einer solchen Lage, in der die Zeit für die nach außen offenen Mächte arbeitete, weil sie ihr Potential von außen auffüllen konnten, lag es für eine große Macht wie Deutschland, die gerade zum Selbstbewußtsein ihrer wachsenden Kraft gekommen war, begrifflicherweise nahe, die Lösung nicht in einem rechtzeitigen Frieden mit Verzichten zu suchen, sondern die große Kraftprobe des „Alles oder nichts“ zu wagen. Die Alternative war bewußt bejaht worden. Sie blieb bestehen bis zum Sommer 1918 und erwies sich — wiederum im Reiz und Gegenreiz sich ausschließender Kriegsziele — stärker als alle Versuche einer mittleren Linie, wie sie die Mehrheitsparteien des deutschen Reichstages im Juli 1917 in ihrer Friedensresolution öffentlich proklamiert hatten. Auch war es in der Kampfsituation verständlich, daß bei dieser starr festgehaltenen Alternative die eine der beiden Möglichkeiten, nämlich die Niederlage, so weitgehend aus dem Bewußtsein ausgeschaltet wurde, daß nur der Sieg oder allenfalls ein Kompromißfriede unter gleich Starken in der Vorstellung der meisten Deutschen haftete. Als dann im Herbst 1918 die Niederlage plötzlich unausweichlich zur Gewißheit wurde, da wurde selbst diese Gewißheit von vielen nicht für möglich gehalten, und es begann die deutsche Flucht vor der neuen Lage oder der deutsche Trotz, „im Unglück nun erst redt“ es wagen zu müssen, in Zukunft nicht „1918“ anzuerkennen, sondern „1914“ als eigentlich angemessene Ausgangsstellung Deutschlands in der Welt anzusehen. So ergab sich, stärker als je zuvor, eine Kluft zwischen der wirklichen weltpolitischen Lage und dem Bewußtsein von der deutschen Situation inmitten einer gewandelten Welt.

3) Friedrich Naumann, Mitteleuropa, Berlin 1915, S. 165.

4) Ebenda, S. 165.

Versailles erklärt nicht alles

Wie war diese Situation? Die Antwort darauf ist in Deutschland seit 1919 meist durch Hinweis auf den Friedensvertrag von 1919, das „Diktat“ von Versailles, gegeben worden. Das geschah in den 20er Jahren durch alle deutschen Parteien, am stärksten auf der Rechten, mit besonderer Übersteigerung aber dann durch den Nationalsozialismus. Weil dies so war, trat in der Zeit nach 1945 eine gewisse Unsicherheit in der Antwort auf unsere Frage ein. Denn man wollte nicht Thesen Hitlers weiterschleppen; man hatte auch ein richtiges Gefühl dafür, daß Versailles allein und monokausal als Antwort wohl ungenügend sei, daß die agitatorisch pejorativ gesehene Verbindung von Versailles und Demokratie sicher nicht zulässig sei, daß die Friedensbedingungen von 1919, verglichen mit der vertragslosen deutschen Not der Jahre nach 1945, gar nicht so hart gewesen seien, ja daß es sich mehr um einen heute schwer begreifbaren deutschen Versailles-Komplex gehandelt habe als um einen ungerecht harten Friedensvertrag, der objektiv gesehen gar nicht so erbarmungslos und niederschmetternd gewesen sei. Auch scheute man sich in der Ohnmacht, Unsicherheit und Scham nach 1945 den Schatten von Versailles allzusehr zu beschwören, da es darauf ankam, die Freundschaft mit Frankreich und einen fortschreitenden europäischen Zusammenschluß wenigstens im freien Westen nicht durch nationalistische Reminiszenzen zu gefährden. Es scheint mir, daß wir heute genug Abstand haben, sowohl gegenüber der Versailles-Mißdeutung Hitlers wie gegenüber der Versailles-Scheu einer Nach-Hitler-Zeit. Die Antwort auf unsere Frage scheint mir darin zu bestehen, daß Versailles so hart gesehen werden muß, wie es in der Tat gewesen und erlebt worden ist, daß Versailles aber nicht ausreicht, um Klarheit in unserer Frage zu gewinnen.

Statt dessen führt uns die oben zitierte Briefstelle Max Webers weiter. Unmittelbar nach der Niederlage, die Weber in ihren vollen Konsequenzen, im Grunde gemäß der vorhin bezeichneten Alternative von Weltmacht oder Ohnmacht anerkannte, sah er gleichwohl Deutschland auch jetzt wieder in der Weltpolitik und nicht in der europäischen Enge. Folgerichtig mußte es sich, wenn Max Weber recht sah, auch nach 1918 für Deutschland um Weltpolitik handeln, wenn auch nicht um Weltmachtspolitik, mit der es „vorbei“ war. Durch den Weltkrieg war entschieden worden — so schließen wir im Anschluß an und im Einklang mit Max Webers Aussage —, daß Deutschland ein für alle mal aus dem Rang einer der ersten drei Weltmächte gestrichen war und daß das Deut-

sche Reich nun nur in einen zweiten Rang wieder aufsteigen konnte, im Schatten der durch den Weltkrieg herbeigeführten Weltherrschaft der Vereinigten Staaten, von der nicht feststand, ob sie nicht eines Tages mit Rußland geteilt werden mußte. Das war die der weltgeschichtlichen Situation der Jahre nach 1917 gemäße Sicht. Nicht nur Deutschland, sondern Europa und das traditionelle europäische Staatensystem hatten damals ihre alte Rolle abgeben müssen.

Das führte in der Tendenz nicht nur zu einer neuen Machtverteilung, bei der Europa aus der politischen Mitte der Erde herausgedrängt wurde und womöglich in naher Zukunft sogar in die Pufferzone beider Weltblöcke geraten konnte, sondern es bedeutete im Programm oder in der Prognose eine neue Epoche der Weltgeschichte durch ein oder zwei erdumspannende Internationalismen. Von Amerika aus verkündete Wilson das Ende der alten *balance of power*, d. h. des Systems diplomatisch rivalisierender und sich militärisch verbündender Staaten, deren politische *ultima ratio* der Krieg gewesen war; er setzte dagegen den Gedanken der *community of power*, d. h. des Zusammenschließens der Vielheit von Macht in eine Einheit von Macht, oder des Aufgebens uneingeschränkter Souveränität zugunsten eines großen Bundes der Nationen, durch den der Friede zwischen den Staaten und die demokratische Freiheit innerhalb der Staaten endgültig gesichert sein sollten.

Von Rußland aus hatte Lenin gleichfalls den Frieden proklamiert, meinte Frieden aber nicht als demokratische Friedensorganisation auf der Grundlage eines territorialen, nationalen und sozialen Status quo, von dem aus eine glückhafte Evolution möglich sein sollte (wie bei Wilson), sondern als Atempause, um die sozialistische Revolution in Rußland zu stabilisieren und über die Grenzen Rußlands als Weltrevolution hinauszutragen. Es sollte Krieg sein um

dieser Revolution willen — Krieg aber nicht mehr zwischen Staaten des ausbalancierten Systems, sondern Krieg horizontal durch diese Staaten hindurch in einer Kombination von Klassenkampf und Heereskampf, Krieg ohne Scheidung von innen und außen, von Zivil und Militär, Krieg mit allen Mitteln und auf allen Gebieten eines total politisierten Lebens. Am Ende dieses in einer Kette von Unruhen und Kriegen zusammengefaßten Weltbürgerkriegs sollte auch bei Lenin der die bisherige Geschichte aufhebende Weltfriede stehen, der Weltfriede einer klassenlos und staatenlos werdenden Gesellschaft.

Beide großen Programme, die Demokratie Wilsons ebenso wie der Kommunismus Lenins, waren erdumspannend gemeint. Da sie sich prinzipiell ausschlossen, war ein Kompromiß zwischen ihnen kaum denkbar. Blieben sie beide als Weltprogramm erhalten und stand zukünftig hinter beiden eine Weltmacht, so war damit ein Welt dualismus zum Ausdruck gebracht, der entweder durch Kampf oder durch Ideologieabbau und daraus folgende Kompromißbereitschaft eines Tages zu seiner Auflösung drängen konnte. Beide Programme — irenisch harmonisierend das eine, dialektisch kompromißlos das andere — warben um *alle* Völker der Erde. Diesem Werben wohnte von beiden Seiten die vollständige Negation des bisherigen europäischen Staatensystems mit seinen überlieferten politischen und militärischen Methoden inne — gleichgültig, ob dieses Staatensystem noch europäisch begrenzt oder auf die ganze Erde bezogen wurde. Beide Programme bedeuteten utopisch die Überwindung der „bisherigen Geschichte“. Geistig waren sie beide europäischen Ursprungs. Politisch zielten sie beide auf das Ende Europas. Europa selbst hatte sie durch seinen europäischen Krieg, der zum Weltkrieg geworden war, aus der Welt des Gedankens in die politische Wirklichkeit gebracht. Blieben sie in dieser wirksam, dann war das Ende Europas im Sinne des alten Konzerts der Staaten besiegelt.

Die Sonderstellung Deutschlands

Die Sonderstellung Deutschlands in dieser Konstellation bestand nun darin, daß auf die deutsche Nation und ihre mögliche Führerrolle in einem Großreich „Mitteleuropa“ die Anstrengungen der beiden großen Rivalen der Zukunft in erster Linie gerichtet waren. Wilson setzte das gewaltige Kriegspotential der Vereinigten Staaten gegen Deutschland ein, um diese in seinen Augen stärkste antidemokratische Weltmacht militärisch zu brechen, ihrer „autokratischen“ Führung zu entledigen, sie sicher für die demokratische Verfassung zu machen und in

die kommende Friedensliga der Nationen als unschädlich gemachtes, zivilisiertes Mitglied einzufügen. Lenin aber war davon überzeugt, daß seine Revolution nur dann zur erfolgreichen Weltrevolution werden konnte, wenn Deutschland von ihr erfaßt und die Deutschen für sie eingesetzt wurden. So konzentrierte sich der tieferliegende Entscheidungskampf zwischen 1917 und 1919 auf Deutschland, das zu gewinnen für jede der beiden Seiten von Bedeutung war.

Das Eigentümliche der deutschen Lage nach 1919 ist darin zu sehen, daß sich die Deutschen

dem Anruf des revolutionären Ostens wideretzten, während sie sich gleichzeitig im Jahre 1919 bei den Wahlen mit $\frac{3}{4}$ Mehrheit der Demokratie im westlichen Sinne zuwandten und ihnen gleichwohl auf der Pariser Friedenskonferenz die Einfügung in den entstehenden Weltfriedensbund der demokratischen Nationen verwehrt wurde. So wurde auch der Anruf des de-

mokratischen Westens entwertet, und die Deutschen sahen sich isoliert und ausgestoßen in der Kleinlichkeit und Kleinräumigkeit deutsch-europäischer Streitfragen, weit entfernt von den weiträumigen Vorstellungen einer gestern noch real erschienenen Weltpolitik. Nach den Kriegszustellungen waren auch die Nachkriegshoffnungen vergangen.

Rückzug der ideologischen Weltmächte aus Europa

Beide ideologischen Weltmächte waren also bei ihrem Zugriff auf Deutschland gescheitert und zogen sich, die eine absichtlich, die andere notgedrungen, von Europa zurück. Wilson drang mit seinem Programm politischer Welterlösung bei den assoziierten Siegermächten nicht durch, weil sie ihre Staatsräson, wie sie sie auffaßten, allein oder vorwiegend zur Richtschnur ihres Handelns auf der Friedenskonferenz machten; und er verlor endgültig seine weltpolitische Rolle, weil seine eigene Nation sich ihm entzog und mit großer Mehrheit 1920 den Präsidentschaftskandidaten des Isolationismus wählte. Die Amerikaner zögerten, in eben dem Moment, als ihnen die Führerrolle auf der Erde zugefallen war, diese Rolle zu spielen. Sie traten dem neuen Völkerbund nicht bei, sie überließen das geschlagene Deutschland der Gewalt seiner europäischen Sieger in einem mehr oder weniger französisch bestimmten Europa, und sie verweigerten die Verantwortlichkeit für die Gesamtordnung der Erde, für die Wilson sie zum Kriegseintritt veranlaßt hatte. Das Scheitern Wilsons und die amerikanische Abstinenz von intensiver Weltpolitik waren wohl die Hauptursache dessen, daß Deutschlands junge demokratische Verfassung weltpolitisch ohne Stütze blieb, mochte auch der sogenannte Wilson-Frieden realpolitisch nie Aussicht auf Verwirklichung gehabt haben. In den öffentlichen Reden Wilsons war er ebenso Wirklichkeit gewesen wie in den Hoffnungen deutscher Demokraten, die alsbald zusammen mit Wilson bezichtigt wurden, durch ihre Unfähigkeit den Weg vom Wilson-Frieden zum Clemenceau-Frieden schuldhaft freigegeben zu haben. Weltpolitik im Sinne des Max-Weber-Zitats, d. h. unter und mit der amerikanischen Weltherrschaft, war den Deutschen nach 1919 versagt, weil die Konsequenz der amerikanischen Kriegsbeteiligung von den Amerikanern selbst nicht gezogen worden war.

Weltpolitik unter und mit der Weltrevolution Lenins aber wollten die Deutschen und wollten auch die Führer der sozialistischen deutschen Arbeiterbewegung weit überwiegend nicht betreiben. Die sozialdemokratische Reichsregie-

rung und die Oberste Heeresleitung mit den Freikorps unter politisch rechts stehenden Offizieren verbündeten sich gegen die Revolution von links, die in die Leninsche Weltrevolution hätte einmünden können, wenn sie erfolgreich gewesen wäre. Das deutsche Volk bejahte in den Wahlen diese Entscheidung. Der Bolschewismus wurde abgewehrt und blieb abgewehrt durch alle Jahre der Weimarer Republik hindurch. Gleichwohl blieb das revolutionäre Rußland den Deutschen politisch näher als das wieder fern gewordene Amerika — nicht nur, weil die KPD alsbald zu einer starken Bürgerkriegsformation in sowjetrussischer Abhängigkeit wurde, sondern auch weil die Stellung Deutschlands in Europa durch den Wiederaufstieg Rußlands erheblich berührt wurde.

Immerhin schien Europa, das hieß das Europa der westlichen Siegerstaaten, zunächst mehr oder weniger unter sich zu bleiben. Der Völkerbund wurde zwar gegründet und enthielt in seinem Statut wie in seiner ihm innewohnenden Idee viel von dem, was Wilson gewünscht hatte. Doch waren in ihm weder die Vereinigten Staaten noch Sowjetrußland, noch das besiegte Deutschland vertreten, und faktisch wurde er von Frankreich und Großbritannien politisch bestimmt. Kein Wunder, daß diese neue internationale Organisation von der Mehrzahl der verwundeten und enttäuschten Deutschen nicht als Beginn eines Weltfriedensbundes der Vereinten Nationen, sondern als Instrument der Besiegelung des Unrechts von Versailles angesehen wurde. Der Völkerbund sollte, so sahen

es die Deutschen, mit dazu dienen, die neuen Grenzziehungen zu sanktionieren, bei denen das demokratische Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechts bewußt und eingestandenermaßen vorwiegend zugunsten der gegen Deutschland und Ungarn stehenden Staaten, kaum jedoch im deutschen Sinne angewandt worden war. Dabei stand vor allen einzelnen Grenzfragen an erster Stelle das Verbot des Anschlusses Deutsch-Österreichs an das Reich, obwohl sich alle anderen Teile des zerfallenen Österreich-Ungarns ihren Nationalstaaten angeschlossen oder, wie im Falle der Tschechoslowakei, einen neuen Nationalstaat gebildet hatten.

Deutschland sah sich auf Europa zurückgeworfen und war doch aus Europa ausgeschlossen. Statt neuer Weltpolitik war das Deutsche Reich eingeschnürt, nicht allein durch die Bestimmungen der Friedensverträge von Versailles und St. Germain, sondern außerdem durch Frankreichs neue, gegen Deutschland gerichtete Militärbündnisse mit Polen und der Tschechoslowakei. Der Blick der Deutschen wurde eingengt auf das Dreieck Paris—Warschau—Prag. Was für ein Kontrast zur Mitteleuropa-Konzeption von 1915! Und was für ein Kontrast zu den sich bereits anbahnenden weltpolitischen Wandlungen!

In solcher Lage mußte zunächst alles darauf ankommen, das Verhältnis zu Frankreich aus dem Zustand eines kalten Krieges herauszuführen. Dies aber konnte nur mit Unterstützung Großbritanniens geschehen; und Ausgleich mit Frankreich hieß zugleich Aufnahme des Deutschen Reichs in den Völkerbund. Bekanntlich hat Stresemann 1925/26 dies Ziel erreicht, indem er als Gegengabe die Garantie des Reichs für den Status quo an der deutschen Westgrenze einschließlich der Entmilitarisierung des Rheinlandes bot und damit das französische Sicherheitsbedürfnis befriedigte. In Locarno wurde dies im Herbst 1925 völkerrechtlich festgelegt. Der Friede schien nun wirklich geschlossen zu sein. Das bisher isolierte und verfemte Deutschland war wieder eingefügt worden. Doch wohin? Und unter welchen Bedingungen?

Zwischen Völkerbund und Sowjetunion

Es war eingefügt in den Völkerbund, der ein Torso war. Eingefügt in Europa, für das die Stunde des Zusammenschlusses gekommen war, wie viele meinten, und das doch trotz des Völkerbundes noch immer vielfältig zerspalten war in saturierte und unbefriedigte, in verbündete und isolierte, in aufgerüstete und abgerüstete Staaten, von denen viele Nationalitätenstaaten waren, die Nationalstaaten sein wollten und

damit ein fortdauerndes Unbehagen an der zerrissenen „Europa irredenta“ hatten. Deutschland hatte sich in Locarno mit den Saturierten zusammengesetzt und hatte sich im Westen selbst als befriedigt erklärt; im Osten und Südosten hatte es aber nach wie vor — und zwar offiziell — seine Wünsche nach Grenzrevisionen, wenn auch unter der Versicherung, sich der Gewaltanwendung enthalten zu wollen. Deutschland

hatte also teil sowohl am saturierten wie am unbefriedigten Europa. Stresemann strebte nach dem Ziel der Vereinigten Staaten von Europa. Auch Briand tat das. Nur waren die Konzeptionen der beiden politischen Freunde so weit unterschieden wie die Staatsinteressen Frankreichs und Deutschlands in bezug auf die Fragen der Gestaltung Europas. Mehr als das: Deutschland stand auch zwischen dem Völkerbund-Europa, dem es sich anschloß, und der gegen den Völkerbund gerichteten revolutionären Sowjetmacht, mit der es den Vertrag von Rapallo geschlossen hatte. Zwar hatte Stresemann dem sowjetrussischen Druck (gegen Locarno) widerstanden und war trotz der Drohungen, Warnungen und Lockungen Cicerins nach Locarno gegangen. Aber dort handelte er, indem er den russischen Druck als Trumpf ausspielte, Einschränkungen der sogenannten Sanktionspflicht des Reichs als Völkerbundsglied im Falle eines Konflikts mit Rußland ein, und ein halbes Jahr nach dem Vertragsabschluß in Locarno schloß er mit den Russen den Neutralitäts- und Freundschaftsvertrag von Berlin. So stand Deutschland, ausbalanciert zwischen West und Ost, zwischen dem Genfer Völkerbund und dem bolschewistischen Rußland. Innenpolitisch jedoch, d. h. in seiner parlamentarisch-demokratischen Verfassung, ferner durch die außenpolitischen Bindungen, die Stresemann eingegangen war, und finanziell durch die Verquickung von Reparationen und amerikanischen Krediten, war Deutschland westlich gebunden; aber das Gegengewicht der Möglichkeiten, die die Sowjetunion diplomatisch, wirtschaftlich und militärisch bot, wurde — dank der Zweigleisigkeit der russischen Politik — ausgenutzt, insofern als mit Rußland als Staat unter Staaten paktiert, von Rußland als der Schutzmacht der Kommunistischen Partei jedoch Abstand gewahrt wurde.

Daß diese Sonderstellung Deutschlands als Teilhaber am befriedeten und am friedlosen Europa sowie als befreundete Macht Großbritanniens und Frankreichs einerseits, der Sowjetunion andererseits nicht von Dauer sein konnte, würde sich aus einer eingehenderen Konstellationsanalyse der damaligen Lage klar ergeben. Es konnte nur eine Frage der Zeit sein, daß die beiden Riesen, die USA und die SU, wieder stark auf Europa zukamen. Dann aber mußte alles wieder in weitere weltpolitische Dimensionen geraten; und dies um so mehr, als die deutsche Wirtschaft trotz aller Kriegs- und Nachkriegsbelastungen in einem bemerkenswerten Ausmaß wieder expandierte. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen jener Jahre vor 1930 sind unter diesen Aspekten von besonderer Bedeutung. Hier gab es Ansätze nicht nur

auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, sondern auch in der Sozial- und Wirtschaftsverfassung sowie im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich. Gemeinsame geistige Traditionen, wirtschaftspolitische Interessen und analoge Zwänge der modernen Lebensweise wirkten in der gleichen Richtung, nämlich einer geistigen Annäherung und einer Minderung der durch den

Weltkrieg so überbetonten politisch-ideologischen Gegensätze. Doch wurde all das jäh unterbrochen durch die Weltwirtschaftskrise und überspült durch die nationalsozialistische Welle in Deutschland, die erst infolge der Wirtschaftskrise zu einer solchen Gewalt ansteigen konnte, daß Hitler pseudo-legal das Erbe der labilen Republik von Weimar antreten konnte.

Der Weg in die Isolierung

Damit trat ein grundlegender Umbruch der deutschen Stellung in der Weltpolitik ein, die gerade zur Zeit der Wirtschaftskrise sich in einer gewissen Schwebelage mit Tendenzen zu stärkerer Annäherung Deutschlands an eine atlantisch-westliche Interessengemeinschaft befand. Hitlers Außenpolitik war in ihrer ersten Phase auf gewaltsam erzwungene Revisionen der Friedensverträge von 1919 gerichtet. Das bedeutete aber, da die Feindschaft zum Bolschewismus stärker denn je betont wurde, daß Stresemanns Brückenstellung zwischen West und Ost aufgegeben und statt dessen tiefe Gräben der Isolierung nach West und Ost hin gezogen wurden. Freilich blieb dies noch jahrelang verschleiert. Denn nach Westen hin verstand Hitler zu täuschen und hinzuhalten, so daß erstaunliche Brückenschläge über die neu aufgerissenen Gräben bis zum Herbst 1938 immer wieder gelangen. Danach erst wurden spät, sehr spät, die Folgerungen aus der nun sichtbaren Tatsache gezogen, daß Hitler sich wirklich vermaß, Deutschland aus eigener Kraft, unzulänglich unterstützt, allenfalls durch die beiden gleichfalls unbefriedigten, expansiven Mächte Italien und Japan, nicht nur aus der Einengung von Versailles zu befreien, sondern zur gewaltsamen Ausweitung des „Lebensraumes“ überzugehen, wie er es in seinem Buch „Mein Kampf“ einst deutlich genug gesagt hatte. Gewiß hatte Hit-

ler sich den Gang der Handlung glücklicher vorgestellt, als es dann wirklich geschah, weil er die Kette lokalisierter Einzelaktionen im Osten fortzusetzen hoffte, in der Meinung, daß die Westmächte moralisch schwach seien, und in der Absicht, die gewaltsame Ausdehnung des Reichs zunächst jedenfalls nur nach Osten, nicht aber nach Westen hin zu betreiben. Als aber der große Krieg ihm dann doch (in seiner Terminologie) aufgezwungen wurde, nahm er ihn zuversichtlich und verbissen auf sich, ja weitete ihn aus freien Stücken aus, indem er am 22. Juni 1941 den Krieg gegen Rußland eröffnete. Deutschland sollte es aus eigener Kraft schaffen. Der Schatten des Jahres 1917 mit den Namen Wilson und Lenin, mit den beiden großen Weltideologen und den inzwischen weiter erstarkten großen Weltmächten schien weggewischt zu sein. Das Deutschland niederhaltende Kleins-Europa von 1919 mit dem Dreieck Paris—Warschau—Prag aber war dem Vergessen preisgegeben. Mochte dieses Europa von 1919 nun in der Tat gefallen sein, und zwar ohne Aussicht auf Wiederherstellung seines schon in den 20er Jahren künstlich überhöhten Gewichts, so war es doch ein vermessener Gedanke, die Welt durch drei Have-nots aus den Angeln zu heben und sowohl die Sowjetunion als auch die amerikanische Macht als gering und morsch zu verachten.

Blinder Trotz und nationale Selbstbespiegelung

Hitlers verstiegener Versuch, das Rad der Geschichte gewaltsam zurückzudrehen, stellte eine Möglichkeit deutscher Weltpolitik dar, die schon von 1919 bis 1933 im nichtoffiziellen Deutschland in großen Massen der politischen Rechten, einschließlich sehr vieler demokratischer Wähler des Jahres 1919, virulent gewesen war. Eine Möglichkeit freilich kaum im Sinne von etwas möglicherweise Realisierbarem, wohl aber im Sinne von etwas für möglich, ja erwünscht gehaltenem. Die so begriffene Möglichkeit einer deutschen Trotzpolitik nach allen Seiten hin wurde schon nach 1919 in furchtbarer Verblendung populär als Alternative zur sogenannten

Erfüllungs- oder Verzichtpolitik gesehen, als deren Vertreter auch Stresemann, ja gerade Stresemann galt. Hitler hatte sich dieser Stimmung des deutschen Allein- und Selbstkönnens bedient. Sie entsprang einer Haltung des blinden Trotzes und der nationalen Selbstbespiegelung, wie sie wohl allen Völkern in ihrer Phase nationalrevolutionärer Bewegung eigentümlich ist, wie sie aber gerade bei den Deutschen im Zusammenhang mit ihrem Gipfel- und Absturzerlebnis von 1918 besonders krampfhaft gesteigert worden war. Vieles wirkte hier geistesgeschichtlich nach. Es ist dabei nicht nur zu denken an die Fernwirkungen von 1813

(„Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“) oder von 1870 (der Nationalfeiertag der Schlacht von Sedan als Symbol deutscher Unbesiegbarkeit mit der Gefahr der Überschätzung militärischer Leistung auf Kosten der politischen), auch nicht an die nationalbürgerlichen Bewegungen, wie sie sich bei den Alldeutschen, dem Flottenverein und anderen Verbänden, schließlich in der Vaterlandspartei äußerten und bis zu völkisch-antisemitischen Wahnlehren sich steigerten, auch nicht nur an die heute vielberufene und doch schwer einheitlich zu fassende „Konservative Revolution“, sondern auch an sogenannte christlich-nationale Propaganda im Zentrum, der BVP und der Christlichen Gewerkschaften, ja schließlich auch an ein gewisses weltpolitisch-ideologisches Dilemma, in dem sich die SPD

befand, wenn sie die Leninsche Ausprägung des Marxismus ablehnte und doch in den sogenannten „kapitalistischen“ Demokratien wenig Geistesverwandtes fand, so daß auch sie, so fern sie auch einer blinden Trotzhandlung stand, doch teilhatte an einer in die 20er Jahre weit hineinreichenden politisch-ideologischen Isolierung der Deutschen in der Welt. Auch dies gehört zur deutschen Sonderstellung nach 1919. Beide Tendenzen, der Trotz nationaler Selbstbefriedigung in politischer Isolierung einerseits und die Vernunft weltpolitischer Einfügung im zweiten Rang andererseits lagen gegeneinander volkpsychologisch im Rennen, als die Weltwirtschaftskrise ausbrach und damit die Gefahr aufs höchste anstieg.

gespaltenen Welt des Kalten Krieges, dessen Anerkennung wir nicht in einer erneuten Flucht vor der Wirklichkeit ausweichen können, und eine geteilte Nation in einer kommenden Welt der Vereinten Nationen, in der es keine geteilten Nationen mehr geben soll — das steht als Ergebnis am Ende der Epoche der beiden deutschen Weltkriege.

In den 20er Jahren gabelte sich der Weg deutscher Weltpolitik; der Weg des Maßes und der Vernunft stand offen, aber er wurde verfehlt. Der Weg führte in den Abgrund. Doch die Geschichte der deutschen Nation ist weitergegangen und steht heute von neuem mitten in der 1917 angebrochenen Entscheidungssituation. Es scheint nur, daß heute nicht nur Regierung und Opposition in Westdeutschland, sondern auch das deutsche Volk im ganzen besser als in den 20er Jahren begriffen haben, daß deutsche Politik heute nur Weltpolitik in einer schnell sich wandelnden Welt sein kann; Weltpolitik im zweiten Rang ohne souveräne Eigenmacht, aber auf jeden Fall Politik und Engagement. Denn sich aus dem Rennen der Großen herauszuhalten und den drohenden Zugriff des totalitären Machtmißbrauchs zu ignorieren, wäre ebenso eine deutsche Flucht, wie es die Politik des Trotzes und der Selbstüberschätzung einst gewesen ist.

Weg der Vernunft wurde verfehlt

Indem durch Hitler die unrealisierbare Möglichkeit der Autarkie- und Trotzpolitik zum Teil mit Hilfe der Deutschen selbst, zum Teil über die Köpfe der Deutschen hinweg durchgesetzt worden war, wurde der Weg zu einer Katastrophe für viele europäische Völker und für die Deutschen selbst beschritten. Die großen Gegner Deutschlands aus dem Ersten Weltkrieg waren noch einmal durch Hitler zusammengezwungen worden: Für die Sowjetrussen war es ein taktisch erwünschtes Zwischenspiel der Koexistenz, für die Vereinigten Staaten unter Roosevelt war es mit der illusionären Hoffnung auf eine demokratische Evolution in der Sowjetunion verbunden. Der Unterschied zu 1918 bestand für

Deutschland nur darin, daß die bolschewistische Macht nicht aus Europa herausgekämpft, sondern durch Hitler und Roosevelt eingelassen war, und ferner darin, daß die Weltrivalen von 1917 nun nicht aus Europa herausgingen, sondern in Europa ihre Machtsphären abgrenzten.

Beide trafen sich in Deutschland und hielten nun — anders als 1918 — Feindberührung in Deutschland. Nachdem das Deutsche Reich zwischen 1918 und 1944 den Welt dualismus nicht als für sich verbindlich anerkannt hatte, hatte der Versuch, eine dritte Kraft oder gar eine oberste Kraft zwischen den beiden weltweit wirkenden Riesen zu werden, mit der deutschen Teilung geendet. Eine geteilte Nation in einer

Anmerkung:

Conze Werner, Dr. phil., o. Prof. für neuere Geschichte, speziell Sozial- und Zeitgeschichte, in Heidelberg. Geb. 31. 12. 1910 in Neuhaus/Elbe. Veröffentlichungen u. a.: Agrarverfassung und Bevölkerung in Litauen und Weißrußland; Leibnitz als Historiker.

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Waldemar Besson: „Franklin D. Roosevelt der New Deal und die neuen Leitbilder der amerikanischen Politik“
- Karl Buchheim: „Die Weimarer Republik“
- Walter Bußmann: „Der deutsche Reichs- und Nationsgedanke im 19. und 20. Jahrhundert“
- Indira Gandhi: „Indien heute“
- Philip E. Mosely: „Mythen und Realitäten“
- Hans Friedrich Reck: „Die indischen Parteien“
- Karl C. Thalheim: „Die Wachstumsproblematik der Sowjetwirtschaft“
- Wolfgang Schlegel: „Preußisch-deutsche Geschichte als politisch-pädagogisches Problem“
- Egmont Zechlin: „Separatfriedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche zur Ausschaltung Rußlands im I. Weltkrieg“
-
-